

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

die Heiligen Drei Könige, Fürst-Pückler-Eis und Pommes-Rotweiß: Die besten Paare waren immer zu dritt. Ein fast schon legendäres Trio versucht sich seit Wochen am Haushalt 2025.

Und auch wenn sich die Zeichen verdichten, dass die drei Hauptdarsteller dieser Seifenoper sich offenbar einigen können, haben sie die Rechnung vermutlich ohne ihre Fraktionen gemacht. Denn kaum kommen erste Mutmaßungen über die Inhalte der Planungen ans Licht, ziehen sie bereits diverse rote Linien.

Die FDP will keine Notlage und die Schuldenbremse einhalten, die SPD und die Grünen keine Einsparungen, nicht priorisieren und Schulden machen. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen. Ob der Ampel bewusst ist, dass Wohl und Wehe Deutschlands an ihrem Handeln hängt?

Vielleicht macht ein kreativer Kopf aus der ganzen Angelegenheit tatsächlich ein Comedy-Programm. Dann profitiert wenigstens einer von dem Schlamassel.

Frei nach dem Motto: Wenn drei sich streiten...



Infos zu meiner Arbeit in Berlin sowie spannende Themen und Anträge finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!

**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style.

**Landwirtschaft
tatsächlich entlasten -
Ampel-Versprechen
umgehend umsetzen**



Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche im Plenum beraten haben, fordern wir die Bundesregierung auf, ihren eigenen Ankündigungen Taten folgen zu lassen: Die den deutschen Land- und Forstwirten von der Koalition gegebenen Zusicherungen müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag zwar noch einen Last-Minute-Gesetzesentwurf vorgelegt, der allerdings hinter allen Erwartungen zurückbleibt. Am Montag hatten wir zu den Geschäftsbeziehungen zwischen Lebensmitteleinzelhandel und den Erzeugern eine öffentliche Anhörung von Experten. In der Sache waren sich alle Experten einig. Es geht in die korrekte Richtung, aber es ist bei weitem nicht ambitioniert genug.

Und auch wenn sich die Ampel dafür feiert, mal etwas vorgelegt zu haben, wird es nicht besser, auch wenn man es sich ständig einredet. Die Belastungen der Landwirtschaft von 500 Millionen Euro im Jahr werden nur zu einem minimalen Teil ausgeglichen. Die Tarifglättung bringt ca. 50 Millionen Euro Entlastungen im Jahr. Davon trägt der Bund 40%, das Land 40% und den Rest tragen die Kommunen. Der Bund erlaubt es sich also, alle zu belasten und geht selbst als Gewinner aus dem Spiel. Weitere bürokratische Belastungen bringt die Soziale Konditionalität in der Gemeinsamen Agrar Politik (GAP). Dass sich die Regierung mit der Aussetzung der Flächenstilllegung schmückt, obwohl sie sich selbst bei der Abstimmung im EU-Rat enthalten hat, ist die Krönung der Selbstbeweihräucherung. Die Weidetierhaltung wird nun zwar unterstützt, alle anderen Milchviehhalter gehen aber leer aus.

Das groß angekündigte Agrarpaket der Ampel ist nur als Päckchen bei den Landwirten angekommen, Inhalt Fehlanzeige. Ein Imperativ macht noch keine guten Gesetze. Das ist allerdings der einzige rote Faden, der sich durch das Regierungshandeln von Bundesminister Özdemir zieht. Große Ankündigungen aber nur minimale Umsetzung!

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stärken



Deutschland zeichnet sich durch eine heterogene Bevölkerungsverteilung aus. Dies ist eine große Herausforderung bei der Sicherstellung einer adäquaten und flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Der demografische Wandel wird das bereits bestehende Problem weiter verschärfen. Daher schlägt unser Antrag **„Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stärken“** ein Bündel an Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Versorgung vor. Wir greifen auf die erfolgreichen Vorarbeiten der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten beiden Legislaturperioden zurück und setzen die Arbeit zur Stärkung der medizinischen Versorgung in ländlichen, strukturschwachen Regionen fort. Dazu gehört u. a. die Stärkung der Telemedizin, die weitere Nutzung von delegationsfähigen Leistungen sowie die Setzung von Niederlassungsanreizen.

Zusammen mit unserem Antrag haben wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune beraten. Damit soll der Hausarztberuf deutlich attraktiver, die ambulante regionale Versorgung gestärkt, die hausärztliche und die ambulante psychotherapeutische Versorgung weiterentwickelt, der Leistungszugang verbessert und die Transparenz erhöht werden. Alle Hausarztleistungen, einschließlich Hausbesuche, sollen künftig ohne Kürzungen vergütet werden.

Darüber hinaus gilt: Bis auf wenige Ansätze ist das Vorhaben allerdings mutlos und bleibt, bspw. in der psychotherapeutischen Versorgung, weit hinter dem Erforderlichen zurück. Insgesamt ist das Gesetz eine vergebene Chance, die Gesundheitsversorgung in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

[Unseren Antrag finden Sie hier!](#)

Gesetzentwurf zur Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen und verletzte Personen



Der Staat hat die Aufgabe seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen, das ist seine zentrale Aufgabe. Die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sowie des Lagebilds „Häusliche Gewalt“ zeigen dringenden Handlungsbedarf: Im Jahr 2023 wurden 256.276 Menschen in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt, davon waren 70,5 Prozent weiblich.

Dies ist ein Anstieg um 6,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. 155 Frauen und 24 Männer sind im Jahr 2023 durch ihre Partner oder Ex-Partner getötet worden. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eine Verbesserung des Opferschutzes erreichen, insbesondere für Frauen und verletzte Personen wie Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen.

Der Rechtsstaat muss entschlossen auf diese besonders verwerflichen Gewaltverbrechen reagieren. Die Täter müssen angemessen und hart bestraft werden. Wir fordern deshalb eine Erhöhung der Mindeststrafen für Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung – soweit die Körperverletzung mittels einer Waffe oder eines Messers begangen wurde – sowie bei Gruppenvergewaltigungen.

Gleiches gilt bei Nachstellung („Stalking“) und Verstößen nach dem Gewaltschutzgesetz. Wir wollen zudem das strafscharfende Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ bei Mord, gefährlicher Körperverletzung und Raub einführen. Mit unserem Gesetzentwurf setzen wir ein klares Zeichen: Der Schutz besonders verletzlicher Personen – Frauen, Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen – hat in unserem Rechtsstaat Priorität.

[Unseren Antrag finden Sie hier!](#)

Gewalttäter aus Parallelgesellschaften: Ursachen und Konsequenzen der Tat von Bad Oeynhausen ehrlich benennen



Der Mord an dem 20-jährigen Philippos T. im Kurpark von Bad Oeynhausen durch einen 18-jährigen Syrer hat Deutschland erschüttert und bewegt. Die grausame und erbarmungslose Tat fügt sich ein in eine Reihe weiterer schwerer Gewaltverbrechen der letzten Wochen und Monate, oftmals begangen durch junge, ausländische Täter. Den Taten gemein ist der nichtige oder gar nicht vorhandene Anlass und die darauffolgende enthemmte Gewalt, sei es durch Messer und andere Waffen oder durch brutale Schläge und Fußtritte.

Diese Taten werfen Fragen auf – grundlegende Fragen danach, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt, wie sicher wir im Alltag leben, wie der Staat unsere Sicherheit gewährleistet. Und auch danach, welche Auswirkungen die Regierungspolitik der ungesteuerten Migration auf unser Zusammenleben hat und in der Zukunft weiter haben wird.

Wir sehen dringenden politischen Handlungsbedarf in drei Bereichen: Beim Strafrecht, beim Einfordern vom Integrationswillen und bei der Migrationspolitik insgesamt. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Bei jungen Erwachsenen muss das Erwachsenenstrafrecht gelten. Integration in unsere Gesellschaft heißt auch, den Willen zur Integration zu haben. Das fordern wir deutlicher ein als bislang.

Den Rückbau der Integrationsanforderungen durch die Ampel-Bundesregierung, etwa beim Aufenthaltsrecht und bei der Einbürgerung, lehnen wir ab. Schließlich müssen wir die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen und Migration auf ein integrierbares Maß begrenzen und straffällig gewordene Asylbewerber konsequent ausweisen.

[Die Beiträge zur Aktuellen Stunde finden Sie hier!](#)

Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschafts- konfliktgesetzes



Ziel dieses Gesetzentwurfs der Bundesregierung – den wir in dieser Woche abschließend beraten – ist es, Schwangere auf dem Weg zu Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen vor Belästigungen durch Abtreibungsgegner zu schützen.

Wir sehen diesen Gesetzentwurf kritisch. So bestehen zunächst erhebliche Bedenken bezüglich der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen. Im Rahmen der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag wurden diese von unseren Sachverständigen bestätigt. Die vorgesehenen Regelungen führen überdies zu einer unverhältnismäßig starken Einschränkung der Meinungsfreiheit. Weitere Maßnahmen des Gesetzentwurfes sind bereits nach geltendem Recht strafbar und führen zum Eingreifen von Polizei und Ordnungsbehörden vor Ort (bspw. Versperrung des Zugangs zu den Einrichtungen, Beleidigungen und Nötigungen). Darüber hinaus bestätigt eine Länderabfrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass es sich in Deutschland bei den Protestaktionen ausschließlich um (religiöse) Mahnwachen handelt, die ohnehin dem Demonstrationsrecht unterliegen. Das Vorkommen der in der Debatte von den Vertretern der Ampelkoalition beschriebenen Szenarien verstörender und aggressiver Protestaktionen kann nicht belegt werden.

Energiespeicher jetzt ausbauen - für eine größere Energiesouveränität



In abschließender Beratung haben wir uns erneut mit unserem **Antrag Energiespeicher jetzt ausbauen** befasst. Für eine größere Energie-Unabhängigkeit und zur Erreichung der Klimaschutzziele ist neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien für eine stabile und verlässliche Energieversorgung die Errichtung von Energiespeichern essenziell.

Windenergie- und Solaranlagen speisen Ökostrom tageszeit- und witterungsbedingt nicht ständig und gleichmäßig ein. Die Erzeugung von erneuerbaren Energien kann daher einerseits nicht jederzeit die zudem steigende Nachfrage nach Strom bedienen. Andererseits übersteigt insbesondere an Tagen mit entweder vielen sonnenreichen Mittagsstunden oder mit viel Wind die Erzeugung von erneuerbaren Energien auch immer wieder die Nachfrage.

In 15 konkreten Punkten schlagen wir mit unserem Antrag deshalb Maßnahmen zum Ausbau von Energiespeichern vor.



Modernisierung des deutschen Unternehmensteuerrechts voranbringen

Mit unserem Antrag, den wir erstmals beraten haben, wollen wir die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts erhöhen. Dazu stellen wir 19 Forderungen zur Verbesserung der strukturellen Bedingungen und für einen kurzfristigen Wachstumsimpuls auf. Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmensteuer. Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichen höhere Löhne, mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. So hat selbst die Bundesregierung mittlerweile erkannt, dass ein modernes und wettbewerbsfähiges Steuersystem die Kapazitäten der Unternehmen für Investitionen stärkt und die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichert.

Sie bezeichnet die Steuerpolitik als „zentrale Stellschraube“ bei der Standortpolitik und ist der Auffassung, dass „niedrigere Unternehmensteuern [...] für inländische wie auch ausländische Unternehmen einen starken Anreiz setzen in Deutschland zu investieren und Innovationen voranzutreiben.“ Diese Erkenntnis hat lange gedauert, nun müssen jetzt auch Taten folgen.



Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie für Deutschlands Zukunft stärken

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, die enorme Potenziale für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt birgt.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, zu einem weltweit führenden Standort für KI zu werden und die Chancen von KI für Wohlstand und Lebensqualität zu nutzen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es jedoch notwendig, dass Deutschland zusammen mit Europa seine Souveränität im Bereich KI stärkt und seine Abhängigkeit von ausländischen Anbietern und Plattformen verringert. **Unseren Antrag haben wir abschließend beraten.** Darin haben wir die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen für die Bereitstellung geeigneter Rechenkapazitäten für die Erstellung großer KI-Modelle zu schaffen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung einen eigenen Zugang mit eigenen Ressourcen für Startups, Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Open Source Entwickler bereitstellen sowie als strategischer Ankerkunde für deutsche KI-Startups auftreten und sichere KI-Lösungen für die Bundesverwaltung und Bildungseinrichtungen etablieren und bereitstellen.

Sommerfest des Parlamentskreis Mittelstand



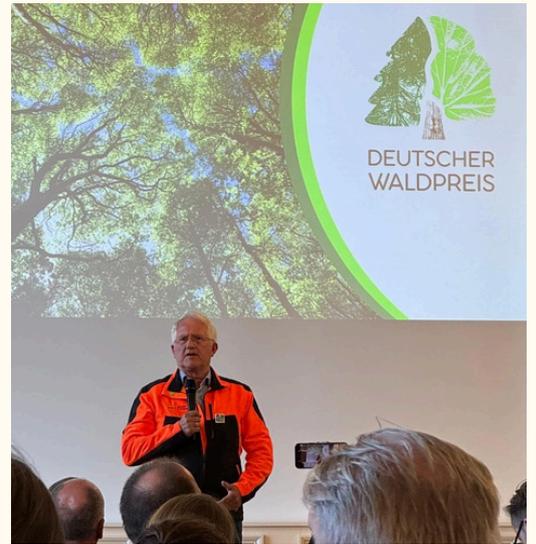
Sommerfest des Verbandes für Kommunale Unternehmen



Im Konrad-Adenauer-Haus mit Rita Hassdenteufel



Verleihung Deutscher Waldpreis, Georg Schirmbeck, Präsident Forstwirtschaftsrat



Foresight Report 2024



Veranstaltungshinweise:

Am **Dienstag, 09.07.2024 ab 10.00 Uhr** finden Sie mich beim Eulenumtrunk und anschließend beim Königsfrühstück des Peiner Freischießens.

Hier in Berlin beginnt nun die parlamentarische Sommerpause. Für mich heißt das, mehr Zeit für den ein oder anderen Termin im Wahlkreis zu haben. Über meine Social-Media-Kanäle werde ich Sie auf dem Laufenden halten.



Weiterhin möchte ich auf meine Bürgersprechstunde hinweisen:

Als Abgeordnete im Bundestag verstehe ich mich als Ihre Interessensvertreterin. Die beste Gelegenheit für ein Gespräch ist im Rahmen meiner Bürgersprechstunde.

Während der Bürgersprechstunde besteht die Möglichkeit, Probleme, Vorschläge und Sachverhalte in vertrauensvollem Rahmen mitzuteilen.

instagram

facebook

Wenden Sie sich bitte für die Terminabsprache per E-Mail unter ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de an mein Büro.

**Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche und friedliche
Europameisterschaft 2024, einen schönen Sommer und allen
schöne und entspannte Ferien!**

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de